

30. Mai 2022

Frühjahrs-Konjunkturumfrage in Schleswig-Holstein:

„Ukraine-Krieg verschärft Long-Covid-Folgen für die Metall- und Elektroindustrie“

Die Frühjahrs-Konjunkturumfrage von NORDMETALL, dem AGV NORD sowie dem Arbeitgeberverband Oldenburg zeigt keine Entspannung der in weiten Teilen besorgniserregenden Lage unter den Unternehmen der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie. „Statt einer Erholung nach der Pandemie erleben wir eine Verschärfung der Long-Covid-Folgen in den Betrieben durch den Ukraine-Krieg“, bilanziert **NORDMETALL-Vizepräsident Robert Focke** die Befragung. Zum sechsten Mal seit Beginn der Corona-Krise haben die norddeutschen Arbeitgeberverbände ihre Betriebe befragt, 176 von ihnen mit rund 123.000 Beschäftigten nahmen im April und Mai in Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, dem nordwestlichen Niedersachsen und Schleswig-Holstein teil (Schleswig-Holstein: 61 Betriebe mit rund 21.200 Beschäftigten).

23 Prozent der Unternehmen in Norddeutschland (Schleswig-Holstein: 18 Prozent) bezeichnen ihre Geschäftslage als unbefriedigend oder schlecht, acht Prozent mehr als in der vorigen Konjunkturumfrage vom vergangenen Winter. 31 Prozent der Unternehmen im Norden und auch in Schleswig-Holstein mussten ihre Produktion infolge der Corona-Krise stark oder sehr stark einschränken, ein Plus von acht Prozent. „Die starke Verbreitung des Virus in den vergangenen Monaten hat zu erhöhten Krankenständen geführt“, konstatiert Focke, der Geschäftsführer beim Lübecker Maschinenbauer Rud. Baader ist. Eine Rückkehr zur Normalität erwarten 34 Prozent der Firmen bis zur Jahresmitte (Schleswig-Holstein: 38 Prozent), 22 Prozent bis zum Jahresende (Schleswig-Holstein: 19 Prozent), während 44 Prozent angesichts der unsicheren Gesamtlage überhaupt keine Prognose wagen (Schleswig-Holstein: 43 Prozent).

Geschäftsstellen **NORDMETALL** und **AGV NORD**



Kontakt zum Pressesprecher

Alexander Luckow, Leiter Kommunikation und Wirtschaft
Tel.: 040 6378 4231
Mobil: 0172 260 50 39
E-Mail: luckow@nordmetall.de

Pressemitteilungen und Fotos: www.meinArbeitgeberverband.de/presse

Die Arbeitgeberverbände NORDMETALL und AGV NORD vertreten 680 Unternehmen mit zusammen 170.000 Beschäftigten in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und im nordwestlichen Niedersachsen. Schwerpunktbranche ist die Metall- und Elektroindustrie. Dazu gehören Maschinen- und Schiffbauer, Firmen aus Luftfahrt- und Automobilindustrie, Stahlproduzenten genauso wie Spezialisten aus Medizin- und Elektrotechnik. Mit allein 140.000 Beschäftigten bildet diese Industrie das Herz der norddeutschen Wirtschaft.

Bei der Einschätzung der als erschwerend eingestuften Wirtschaftsfaktoren hat sich seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine in den Geschäftsführungen ein wesentlicher Wandel vollzogen: 90 Prozent der Unternehmen (zuletzt: 81 Prozent) leiden unter stark gestiegenen Materialkosten, 82 Prozent unter den explodierenden Energiekosten (zuletzt: 53 Prozent).

64 Prozent (zuletzt: 42 Prozent) empfinden die internationale Politik mit der Ukraine-Krise als Belastung. **Julian Bonato, Vorstandsvorsitzender des AGV NORD**, in dem norddeutsche Unternehmen ohne Flächentarifbindung zusammengeschlossen sind, analysiert: „Die Material- und Energiekostenexplosion sowie die rund um Russland, die Ukraine und China blockierten Lieferwege belasten die norddeutsche Wirtschaft schwer.“

Obwohl immer noch elf Prozent der norddeutschen M+E-Betriebe Kurzarbeit fahren (Schleswig-Holstein: zwölf Prozent), wollen 41 Prozent die Zahl ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kommenden drei Monaten erhöhen (Schleswig-Holstein: 44 Prozent), was sich auf rund 3200 zusätzliche Beschäftigte in Norddeutschland summieren dürfte. Allerdings beklagen mittlerweile 73 Prozent der Unternehmen die mangelnde Verfügbarkeit geeigneter Fachkräfte und 63 Prozent qualifizierter Azubis (Schleswig-Holstein Fachkräfte: 70 Prozent, Azubis: 69 Prozent). „Der Fachkräfte- und Azubi-Mangel verschärft sich zum Notstand: Den Unternehmen fehlen an allen Ecken und Enden die Menschen, um hohe Auftragsbestände abzuarbeiten und eine starke Kapazitätsauslastung auch in wachsende Umsätze zu verwandeln“, so NORDMETALL-Vizepräsident Robert Focke. Rund 60 Prozent der Betriebe beschäftigen mittlerweile außereuropäische Fachkräfte (Schleswig-Holstein: 51 Prozent), was den eklatanten Mangel an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Auszubildenden jedoch kaum lindert. „Die Berufsorientierung in Schulen muss nach dem weitgehenden Ausfall während der Pandemie dringend gestärkt werden, ebenso der Stellenwert der dualen Berufsausbildung“, fordert Robert Focke von der Politik.

Personalmangel, Lieferprobleme, explodierende Kosten und fortwirkende Covid-Folgen führen schließlich zu deutlich geminderten Geschäftserwartungen: Eine schlechtere Entwicklung der Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten befürchten 22 Prozent der norddeutschen M+E-Betriebe (Schleswig-Holstein: 25 Prozent), im vergangenen Winter waren es im Norden nur acht Prozent.

„Die norddeutsche Industrie schaut angesichts der höchst ungewissen internationalen Lage, der hausgemachten Probleme auf dem deutschen Arbeitsmarkt und der mangelnden Unterstützung aus der Politik beim Abbau von Belastungen und Bürokratie sehr skeptisch nach vorn“, bilanziert Julian Bonato die Ergebnisse der Frühjahrsumfrage und fordert: „Die norddeutschen Landesregierungen und die Bundesregierung sollten dringend eine Entlastungs-Offensive zugunsten der mittelständischen Wirtschaft starten, um den Industriestandort Norddeutschland zu sichern und zu stärken.“